

Gschwendtner, Helmut; Röger, Werner

Article — Digitized Version

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerumschichtung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gschwendtner, Helmut; Röger, Werner (1984) : Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerumschichtung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 4, pp. 204-208

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135913>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerumschichtung

Helmut Gschwendtner, Werner Röger, Tübingen

Steuerliche Entlastungen gelten gemeinhin als ein Mittel, um das wirtschaftliche Wachstum zu fördern und damit auch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu mindern. Der Staat kann es sich bei der derzeitigen Haushaltssituation allerdings nicht leisten, ersatzlos auf Steuereinnahmen zu verzichten. Zur Finanzierung der geplanten Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer (Korrekturen des Progressionsverlaufs, Familienlastenausgleich) sind daher eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer oder (und) Anhebungen von Verbrauchsteuern im Gespräch. Welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen hat solch eine Umschichtung der Steuerbelastung von den direkten zu den indirekten Steuern?

Es kommt den Verfassern zunächst darauf an, die allgemeine Problematik von kompensatorischen Steueränderungen in bezug auf das Wirtschaftswachstum herauszuarbeiten. Nach üblicher Ansicht kann eine Intensivierung des wirtschaftlichen Wachstums erreicht werden, wenn sich die Ertragslage der Unternehmen verbessert. Maßgeblich hierfür sind zunächst die Gewinne der Unternehmen, und zwar die Gewinne nach Abzug sämtlicher Steuern (kurz: Gewinne nach Steuern). Sie bilden das Entgelt für Mühen und Risiken der Unternehmertätigkeit. Die Gewinne müssen – damit sich ein unternehmerisches Engagement lohnt – in einem angemessenen Verhältnis zum eingesetzten Kapital stehen. Es kommt damit letztlich auf die Rendite an, die die Unternehmen erzielen. Diese sollte mindestens den Realzinssätzen entsprechen, die bei alternativer Mittelanlage an den Kreditmärkten erzielbar sind. Ist dies nicht der Fall, so werden sich die Unternehmen bei den Investitionen in Realkapital zurückhalten – mit negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum.

Im Hinblick auf das Ziel eines höheren Wachstums ist nun darzulegen, inwieweit es durch Steuerumschichtung gelingen kann, die Renditen des in den Unternehmen eingesetzten Kapitals zu verbessern.

Dr. Helmut Gschwendtner, 44, Privatdozent an der Universität Tübingen, und Werner Röger, 28, Dipl.-Volkswirt, sind Mitarbeiter des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW).

Wir stellen im folgenden eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsbetrachtung an, die sich auf reale (d. h. preisbereinigte) Größen bezieht. Die Gewinne nach Steuern lassen sich gesamtwirtschaftlich darstellen als eine Restgröße, die sich aus dem Bruttosozialprodukt nach Abzug von Löhnen, Abschreibungen und Steuern ergibt. Zur Vereinfachung fassen wir Steuern, die im wesentlichen an die gleiche Bemessungsgrundlage anknüpfen, zusammen und drücken die jeweiligen Steuerzahlungen durch kombinierte durchschnittliche Steuersätze aus. Die (durchschnittliche) Kapitalrendite der Unternehmen läßt sich dann durch folgende Formel ausdrücken¹:

$$\frac{G}{K} = (1-t^G) [k(1-t^U) - a \frac{l}{p} - d - t^K]$$

Bedeutung der Symbole

- a = Arbeitsintensität (Arbeitseinsatz/Kapitalbestand)
- d = Abschreibungssatz (bezogen auf Kapitalbestand)
- G = Gewinne nach Steuern
- k = Kapitalproduktivität (Bruttosozialprodukt/Kapitalbestand)
- K = Kapitalbestand der Unternehmen
- l = Nominallohnsatz
- p = Preisniveau
- t^G = Gewinnsteuersatz (kombinierter Satz der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer)
- t^K = Kapitalkostensteuersatz (kombinierter Satz der Gewerbesteuer- und betrieblichen Vermögenssteuer)
- t^U = Umsatz- und Verbrauchsteuersatz (kombinierter Satz der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuern)

Die Formel zeigt, daß die Kapitalrendite von bestimmten technisch-ökonomischen Größen (Kapitalproduktivität,

Arbeitsintensität, Abschreibungssatz), vom Reallohn und darüber hinaus von hier besonders interessierenden Steuersätzen t^G , t^U und t^K abhängt. Wie sich der Symbolliste entnehmen läßt, sind in diesen Sätzen alle wichtigen, im deutschen Steuersystem vorkommenden Steuern erfaßt, so die Einkommen- und Körperschaftsteuer (direkte Steuern), die Umsatz- und Verbrauchsteuern sowie die Gewerbesteuer und die betrieblichen Vermögensteuern.

Primäre Steuerumverteilungseffekte

Bei unterstellter Aufkommensneutralität (d. h. unverändertem Gesamtsteueraufkommen) läuft eine Umstrukturierung des Steuersystems darauf hinaus, daß die Sätze bestimmter Steuern gesenkt und zum Ausgleich andere Steuersätze erhöht werden. Der Deutlichkeit halber vernachlässigen wir zunächst, daß die Unternehmen und auch die privaten Haushalte auf die kompensatorische Steueränderung reagieren.

Die eingangs erwähnte Senkung der Einkommensteuer führt zu einer Reduzierung von t^G , die Erhöhung der Mehrwert- und Verbrauchsteuern zu einer Steigerung von t^U . Von diesen beiden Primäreffekten wirkt der erste positiv, der zweite negativ auf die Rendite; d. h. die beiden Effekte kompensieren sich teilweise.

Weil die Einkommensteuerentlastung sowohl den Lohn- als auch den Gewinneinkommen zugute kommt, die erhöhte Mehrwertsteuer zunächst aber voll von den Unternehmen abgeführt werden muß, ist der Primäreffekt beider Maßnahmen insgesamt negativ; die Rendite sinkt. Dies kann vermieden werden, wenn die Unternehmen die Mehrwertsteuererhöhung in die Preise überwälzen können. Damit sind wir schon bei möglichen Anpassungsreaktionen an die Steueränderung.

Bevor diese erörtert werden, sei noch darauf hingewiesen, daß sich kompensatorische Primäreffekte im Rahmen der Renditegleichung auch für andere Steuer- verlagerungsmaßnahmen darlegen lassen. In der steuerpolitischen Diskussion wird auch eine Ermäßigung oder Abschaffung der sogenannten „ertragsunabhängigen“ Steuern (Gewerbekapital- und betrieblichen Vermögensteuer) vorgeschlagen. Das entspräche einer Senkung von t^K . Soll dies beispielsweise durch eine Erhöhung des Umsatz- und Verbrauchsteuersatzes t^U

kompensiert werden, so ist der Primäreffekt auf die Rendite gleich Null.

Die vorangehenden Aussagen über Primäreffekte beziehen sich auf eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung. Für einzelne Unternehmen haben die Steuerarten unterschiedliches Gewicht. So werden z. B. spezielle Verbrauchsteuern (wie Mineralöl- oder Tabaksteuer) nur auf die Produkte bestimmter Branchen erhoben. Je nach Ausgestaltung der kompensatorischen Steueränderung können die Effekte für die einzelnen Unternehmen der Gesamtwirtschaft sehr unterschiedlich sein.

Traditionelle Überwälzungshypothesen

Bereits erwähnt wurde die Möglichkeit der Steuerüberwälzung. Im wissenschaftlichen Bereich werden die Vorstellungen über die Überwälzbarkeit von Steuern noch stark geprägt von der mikroökonomischen Steuerwirkungslehre, die auf der neoklassischen Preistheorie beruht. Hier gilt folgendes:

□ Steuern auf Gewinne können generell nicht überwälzt werden, müssen also voll von den betroffenen Unternehmen (bzw. Gewinnbeziehern) getragen werden. Für unser Beispiel einer Einkommensteuersenkung ergäbe sich im Umkehrschluß eine volle steuerliche Entlastung in Höhe der vorher entrichteten Gewinnsteuern.

□ Indirekte Steuern (Umsatz-, Verbrauch- und Kostensteuern) können im Regelfall zumindest teilweise in die Preise überwälzt werden, wobei das Ausmaß der Überwälzbarkeit von der jeweiligen Nachfragekurve abhängt. Die Mehrwertsteuererhöhung könnte demnach in gewissem Umfang auf die Produktpreise und damit auf die Konsumenten abgewälzt werden. Im Rahmen unserer Gleichung drückt sich die gelungene Überwälzung in einer Erhöhung des Preisniveaus p aus, wodurch der von der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ausgehende negative Primäreffekt auf die Kapitalrendite abgeschwächt wird.

Nimmt man diese traditionellen Überwälzungshypothesen (die in etwa auch den Ansichten vieler Praktiker entsprechen dürften) einmal hin, so läßt sich nicht allgemein sagen, ob die Kapitalrendite durch eine Steuer- verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern ansteigt oder nicht. Dies hängt offenbar davon ab, in welchem Ausmaß die Überwälzung der indirekten Steuern gelingt.

Weitere Anpassungsreaktionen

Die traditionelle mikroökonomische Steuerwirkungslehre stellt die Anpassungsvorgänge an Steueränderungen unter Verwendung spezieller – nicht unbedingt realistischer – Prämissen dar. Zu beachten sind ge-

¹ Die realen Gewinne nach Steuern sind folgendermaßen definiert:

$$G = (1-t^G) \left[Y (1-t^U) - \frac{IA}{p} - (d+t^K)K \right]$$

Es bedeuten (übrige Symbole siehe Text):

A = eingesetzte Arbeitsmenge

K = Kapitalbestand real

Y = Bruttosozialprodukt real

Division durch K führt auf die im Text stehende Formel.

samtwirtschaftliche Zusammenhänge, die bei der mikroökonomischen Betrachtungsweise vernachlässigt werden, die aber für die Beurteilung der Steuerwirkungen eine entscheidende Rolle spielen:

□ Die durch Überwälzungsvorgänge hervorgerufenen Preisänderungen implizieren (wie die Mikrotheorie auch herausarbeitet) Änderungen der Absatzmengen (Ausbringungswirkungen). Gesamtwirtschaftlich betrachtet summieren diese sich zu Änderungen des realen Sozialprodukts, die weitere Vorgänge (wie Änderungen der verfügbaren Realeinkommen und des Realkonsums) und des Auslastungsgrades des Produktionspotentials nach sich ziehen. Letztere schlagen sich im Rahmen unserer Renditegleichung in Veränderungen der Kapitalproduktivität (k) und der Arbeitsintensität (a) nieder und beeinflussen hierüber auch die Investitionsentscheidungen.

□ In Betracht zu ziehen ist ferner, daß der in unserer Renditegleichung enthaltene Nominallohnsatz (l) keine vorgegebene Größe ist, sondern durch Tarifverhandlungen bestimmt wird. Dabei spielen eine veränderte Lohnsteuerbelastung sowie Preissteigerungen eine Rolle. Auch die Arbeitnehmer haben prinzipiell die Möglichkeit zur Steuerüberwälzung durch Erhöhungen des Nominallohnsatzes.

Bezieht man die genannten Effekte in die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Steuerwirkungen ein, so ergibt sich ein verwirrendes Bild von Anpassungsreaktionen. Die durch eine Steuerumschichtung gesetzten Impulse sickern in komplizierter Weise in das Wirtschaftssystem

² Vgl. Helmut Gschwendtner: Strukturelle Auswirkungen des Steuersystems. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft mit einer Simulationsanalyse von Werner Röger. Forschungsberichte des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Serie A, Nr. 37, Tübingen 1983.

ein, so daß es mit den üblichen theoretischen Methoden schwerlich gelingt, den resultierenden Wachstumseffekt zu bestimmen. Einen Ausweg bietet hier die Simulation der Wirkungen von Steuermaßnahmen mit Hilfe ökonomischer Modelle.

Simulation der Steuerwirkungen

Solche Simulationsanalysen wurden am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW) vom Mitverfasser Werner Röger durchgeführt². Verwendet wurde eine leicht modifizierte Form des Freiburger und Tübinger ökonomischen Vierteljahresmodells (F&T-Modell) Version 1981³. Es handelt sich hierbei um ein großes ökonomisches Modell mit mehr als 150 Gleichungen (darunter 73 Verhaltensgleichungen), das den realen und monetären Bereich der Volkswirtschaft umfaßt. Die verwendete Modellversion wurde auf der Basis von Vierteljahresdaten der Jahre 1971 bis einschließlich 1981 erstellt.

Im Modell werden vier Steuerarten unterschieden: Lohnsteuer, Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen („Gewinnsteuern“), Mehrwertsteuer und sonstige indirekte Steuern (wie Verbrauchsteuern, Gewerbesteuer). Mit dem Modell kann man Steueränderungen nur in recht globaler Weise simulieren, wobei die Feinheiten der einzelsteuerlichen Ausgestaltung nicht erfaßt werden. Dies wird aber dadurch aufgewogen, daß die Steuerwirkungen in einem sehr komplexen System von Wirkungsbeziehungen verfolgt werden können, das vielfältige Überwälzungs- und sonstige Anpassungsreaktionen erfaßt.

³ Dietrich Lüdeke, Dieter Friedrich, Joachim Fronia, Wolfgang Hummel, Wulfheirich von Natzmer, Werner Röger, Wolfgang Röhlting, Jürgen Termin: F&T-Modell. Freiburger und Tübinger ökonomisches Vierteljahresmodell Version 81, Forschungsberichte des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Serie A, Nr. 36, Tübingen 1983.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Petra Pissulla

DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS UND SEINE BEDEUTUNG FÜR DIE OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER

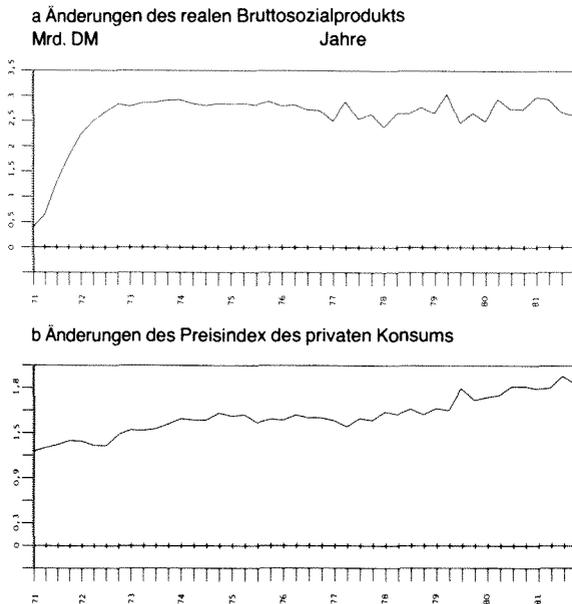
-Rumänien, Ungarn, Polen-

Großoktav, 99 Seiten, 1983, Preis brosch. DM 39,-

ISBN 3-87895-241-4

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Abbildung 1
Wachstums- und Preiseffekte



Mit dem Modell wurden u. a. die Wirkungen der folgenden kompensatorischen Steueränderung simuliert:

- Das Mehrwertsteueraufkommen wurde für den Zeitraum 1971-1981 gegenüber der historischen Entwicklung um ein Viertel erhöht, indem eine entsprechende Anhebung des Mehrwertsteuersatzes unterstellt wurde.
- Zum Ausgleich wurden die direkten Steuern gesenkt. Die Steuersenkung wurde entsprechend den historischen Aufkommensanteilen auf die Lohn- und Gewinnsteuer verteilt⁴.

Die unterstellte Steuerumschichtung bedeutet vom quantitativen Umfang her einen sehr *massiven* Eingriff in das Steuersystem, der über die (bei der Durchführung der Simulation noch nicht bekannten) aktuellen Pläne hinausgeht. Der Eingriff wurde bewußt so gestaltet, um die Wirkungen besonders deutlich hervortreten zu lassen.

Wachstums-, Beschäftigungs- und Preiseffekte

In Abbildung 1a ist die absolute Änderung des realen Bruttosozialprodukts (in Mrd. DM) für die Jahre 1971-1981 dargestellt, die sich aus der Steuerumschichtung ergibt. Den Vergleichsmaßstab bildet – hier und in den folgenden Darstellungen – jeweils die sogenannte Kontrolllösung (d. h. die Modellsimulation unter historischen Bedingungen). Man kann der Graphik entnehmen, daß

⁴ In einer weiteren Simulation wurden statt der Mehrwertsteuer die sonstigen indirekten Steuern erhöht (bei entsprechender Ermäßigung der direkten Steuern). Die Wirkungen dieser Maßnahme sind ähnlich denen der oben geschilderten Steueränderung; allerdings fallen die einzelnen Effekte (z. B. auf das reale Wachstum) schwächer aus.

das Sozialprodukt während der ersten zwei Jahre um knapp 3 Mrd. DM ansteigt. In den folgenden Jahren zeigen sich keine wesentlichen Änderungen des Wachstums. Es ist also nur eine *vorübergehende* Wachstumssteigerung zu verzeichnen, die zu einer bleibenden Niveauerhöhung des Wachstumspfad des realen Sozialprodukts führt. Eine *dauerhafte* Wachstumssteigerung in Gestalt permanent höherer Wachstumsraten wird nicht realisiert.

Immerhin ist mit der Niveaueverschiebung des Wachstumspfad eine anhaltende Erhöhung der Beschäftigtenzahl verbunden, die sich aus der folgenden Übersicht ergibt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser Beschäftigungseffekt unter realistischen Bedingungen (d. h. weniger massiven Steuerumschichtungen) wesentlich geringer ausfällt.

Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen

(in Mill. Stunden, vierteljährliche Durchschnitte)

Jahr	Kontrolllösung	Simulationslösung	Zunahme in %
1970	13 053	13 053	–
1971	13 075	13 151	0,583
1972	12 820	13 008	1,468
1973	12 305	12 509	1,661
1974	11 928	12 121	1,616
1975	11 402	11 577	1,734
1976	11 658	11 818	1,370
1977	11 641	11 792	1,298
1978	11 612	11 762	1,292
1979	11 508	11 656	1,289
1980	11 247	11 396	1,329
1981	11 244	11 390	1,298

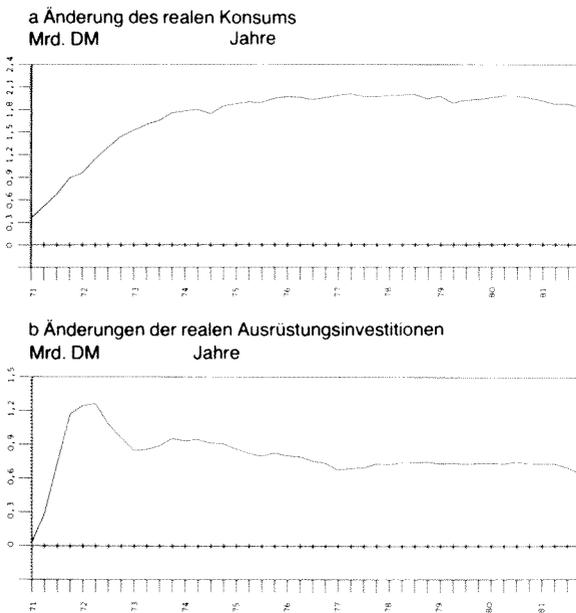
Bezüglich der Preisentwicklung ist aus Abbildung 1b festzustellen, daß der Preisindex des privaten Konsums gleich zu Beginn des Simulationszeitraums kräftig ansteigt und sich in der Folgezeit weiter erhöht. Entsprechendes gilt für den Preisindex des Bruttosozialprodukts. Die geschilderten positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte müssen also durch ein erhöhtes Maß an Inflation erkauft werden.

Hintergründe der Entwicklung

Als unmittelbarer Effekt der Einkommensteuersenkung steigen die verfügbaren Einkommen der Lohn- und Gewinnbezieher. Bezüglich der Gewinneinkommen ist jedoch noch die zusätzliche Belastung durch die Mehrwertsteuererhöhung zu beachten. Aus der in Abbildung 1b dargestellten Preisentwicklung läßt sich erkennen, daß eine Überwälzung der Mehrwertsteuer in die Konsumgüterpreise schon im ersten Quartal stattfindet; sie gelingt zwar nicht vollständig, aber zu einem er-

heblichen Teil. Insgesamt ergibt sich trotz gestiegener Preise im ersten Quartal eine leichte Erhöhung des realen Konsums, die sich aus den gestiegenen verfügbaren Lohn Einkommen erklärt (vgl. Abbildung 2a).

Abbildung 2
Wirkungen auf Konsum und Investitionen



Für die Unternehmen wirkt sich neben der Entlastung durch direkte Steuern, der weitgehend gelungenen Mehrwertsteuerüberwälzung und der steigenden Konsumgüternachfrage günstig aus, daß die Nominallöhne nicht sofort den steigenden Preisen folgen. Insgesamt erhöhen sich dadurch die Gewinne nach Steuern. Dies führt über den Anstieg der Nettorendite der Unternehmen zur Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen während des ersten Jahres, die aus Abbildung 2b ersichtlich wird. Die Bauinvestitionen folgen dieser Entwicklung etwas verzögert.

Die Zunahmen der Konsum- und Investitionsnachfrage stützen sich gegenseitig und führen zu der vorher beschriebenen Erhöhung des Sozialprodukts. Damit verbunden ist eine Zunahme der Beschäftigung von Arbeitskräften, die die Arbeitsproduktivität im wesentlichen aber unverändert läßt.

Interessant ist nun, daß die geschilderte Entwicklung bereits den Keim für das Ende des Aufschwungs in sich trägt. Aufgrund der gestiegenen Konsumgüterpreise kommt es nach etwa einem Jahr zu erhöhten Nominallöhnen, deren Durchsetzung durch die zunehmende Beschäftigung begünstigt wird. Dadurch steigen die Reallohne. Man kann in diesem Zusammenhang von einer Rückwälzung der Mehrwertsteuer durch die Lohnbezieher sprechen.

Weil die Arbeitsproduktivität nahezu unverändert bleibt, kommt es durch die Reallohnerhöhung zu einem Druck auf die Kapitalrendite; hierdurch wird der Investitionsanstieg gebrochen. für die weitere Entwicklung ist ausschlaggebend, daß die *Nettoreallöhne* (Reallöhne nach Abzug der Lohnsteuern) infolge der geringeren Lohnsteuerbelastung angestiegen sind. Dies stützt in Verbindung mit der anfänglich auftretenden Zunahme der Beschäftigung das höhere Konsumniveau und ermöglicht damit ein höheres Sozialprodukt.

Fazit

Die vorangehenden Ausführungen verdeutlichen, daß man von einer Verlagerung der Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern keine *nachhaltigen* Wachstumsimpulse erwarten sollte. Erreichbar ist eine vorübergehende Wachstumssteigerung, welche zu einer bleibenden Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften führt, die (für realistische Maßnahmen) allerdings einen bescheidenen Umfang hat. Die Wachstums- und Beschäftigungseffekte müssen erkauf werden durch eine höhere Inflationsrate.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Ständiger Vertreter des Präsidenten: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:
manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,- (Studenten: DM 48,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:
Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.